



öffentlich

**Betreff:**  
Haushaltssoftware SAP

Erstellungsdatum 12.02.2009

Eingang 902:

**Einreicher:** Fraktion CDU/ANW / FDP/Familienpartei

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
04.03.2009	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Umstellung der Haushaltssoftware H+H auf SAP zu prüfen. Der Stadtversammlung sind in der Junisitzung der SVV die Vor- und Nachteile einer SAP Einführung unter Mitarbeit der städtischen Beteiligungen darzustellen.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt			
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Die städtischen Holdings Stadtwerke Potsdam GmbH und Pro Potsdam GmbH haben ihre Finanzsoftware auf der Basis von SAP aufgebaut. Auch die Landeshauptstadt Potsdam bucht ihre Konzernbilanz bereits in SAP. Die übrigen Buchungsvorgänge der Landeshauptstadt Potsdam erfolgen jedoch noch in der Finanzsoftware H+H.

Im Interesse einer besseren Kompatibilität sämtlicher Buchungsvorgänge zwischen der Stadt und ihren Beteiligungsgesellschaften ist eine Umstellung auf SAP vorteilhaft. Außerdem können damit die beschlossenen Vorgaben eines kurzfristigen Abrufs von Kennzahlen des Haushalts umgesetzt werden.